

FREIE SICHT

Wir sind alle, alle korrupt

URS PAUL ENGLER

Es wütet eine politische Seuche im Land: Jede öffentliche Aufregung, jeder mediale Rummel, jeder vermutete Fehltritt mündet in ein neues Gesetz. Immer peinlichere Vorschriften sollen das menschliche Tun und Lassen präzise lenken, sämtliche Unzulänglichkeiten ausmerzen. Und weil alle Handlungen und Äusserungen, selbst die privatesten, normiert werden können, kennt der Prozess der Verrechtlichung des Lebens keine Grenze. Schlechte Erfahrungen mit den in Hektik abgefassten Bestimmungen bewirken keine Reflexion oder Umkehr, sondern intensivieren die Regulierung nur.

Am Anfang steht stets ein Wort, ein völlig unscharfer und böser Begriff, der möglichst viele Ressentiments bindet, Personen an den Pranger stellt und die maximale öffentliche Wut entfacht. Die «Abzocker» erzürnten so die Gemüter (die gesetzliche Regelung brachte, wie erwartet, gar nichts; also soll das Aktienrecht weiter und weiter verschärft werden). Aktuell empört die «Korruption». Die Fifa gibt die Zielscheibe ab.

Allerdings gibt es (wie beim «Abzocker») keine verbindliche Definition des Kampfbegriffs. Selbst die Organisation «Transparency International», die mit



«Immer peinlichere Vorschriften sollen das Tun und Lassen präzise lenken.»

dem Terminus Politik betreibt, gibt dies zu. Darum erklärt sie die Korruption einfach zum jederzeit und überall gegenwärtigen Problem, das nicht nur Politik und Wirtschaft betreffe: «Alle gesellschaftlichen Bereiche können strukturelle Einfallstore bieten.»

Nach dieser Devise, dass das ganze Leben vom Krankheitskeim der Korruption befallen ist, wird nun auch in der Schweiz gehandelt. Macht die – gesetzlich als Offizialdelikt verankerte – Ahndung der Bestechung von Magistraten, Beamten und Richtern Sinn, da die öffentlichen Güter Rechtssicherheit und Staatsfinanzen zu schützen sind, so führt die derzeit angestrebte Ausweitung der Strafnorm ins Private zum unzählbaren Monstrum. Die Botschaft des Bundesrates zu diesem Projekt umfasst 24 Seiten. Eine Definition von Korruption findet sich nicht einmal in Ansätzen, ebenso fehlen konkrete Beispiele. Ergo ist jeder Geldfluss und jede Zuwendung potenziell Korruption.

Bereits hat der Europarat die Parteien- und Wahlfinanzierung unter Korruptionsverdacht gestellt. Das Justizdepartement wird wohl bald (nach den Wahlen) das Gesetz dazu vorlegen. Korrupt sind dann rasch auch SP-Politiker wie Andy Tschümperlin, der sich gerne von den SBB oder der Post, die er kontrollieren soll, ans Filmfestival Locarno einladen liesse. Korrupt ist die gesamte SP, die sich ihre Wirtschaftstagung von einem Grossverteiler und einer Versicherung finanzieren lässt. Korrupt ist die schweizerische und internationale Politelite, die sich jeweils von einem Verlag tagelang im Tessin aushalten lässt. Korrupt sind dann bald auch Journalisten, die Gratisreisen annehmen oder flotte Wagen präsentieren, die sie wochenlang gratis fahren durften. Korrupt ist, wer Rabatte gewährt oder annimmt, wer zahlt und wer nimmt. Die Liste ist endlos.

Weil die gesamte freie Wirtschaft nach dem Prinzip «do ut des» funktioniert, also nach dem Gesetz, wonach jeder Akteur rational zu seinem eigenen Vorteil handelt, sind, auf dem Gipfel der neuen Gesetzgebung, schliesslich alle korrupt.

Die nächste Regulierungsrunde ist bereits angesagt: Die «Spekulation». Der Begriff ist auch unscharf, böse und generiert Empörung. Spekulativ aber handelt jeder vernünftige Mensch.

Fortsetzung von 3

Der Schreck der ...

in die Röhre.» Haargenau auf dieser Linie argumentiert der Sika-Verwaltungsrat. Als Vertreter der Firmeneigner habe man schliesslich die Interessen sämtlicher Aktionäre wahrzunehmen. Vor allem aber gehe es um die Zukunft der Firma und ihrer Mitarbeiter. Und die sei nur im Alleingang und nicht als Tochterfirma eines Grosskonzerns mit Sitz in Paris gewährleistet.

Als Robin Hood der Aktionäre sah sich Sauter schon früher. Mit seinem Kompagnon Michel Vukotic, langjähriger Handelschef der Bank Bär, lachte er sich die Beteiligungsgesellschaft Alpine Select an. Gemeinsam blies das Duo zur Jagd auf Börsenmauerblümchen. «Wir haben Lust am Streiten und exponieren uns», verkündete Sauter beim ersten Firmen-Halali. Ihr erklärtes Jagdziel war eine Jahresrendite von 6 bis 8 Prozent. Unzimperlich ging es zur Sache. Wer nicht parierte, wurde gnadenlos unter Druck gesetzt. Ein Teilnehmer: «Die beiden schmissen hemmungslos mit Steinen auf Glashäuser.»

Alpine Select ist eine tolle Erfolgsgeschichte, an der mittlerweile Friends & Family Sauters partizipieren – darunter Raymond Bär, Ehrenpräsident der Bank Bär und sein Vorgänger als Bär-Präsident, sowie Walter Berchtold, ehemaliger Handelschef und Private-Banking-Chef der Credit Suisse.

Dass der wohlbestallte Sauter keinem Kampf ausweicht, wenn er sich auf der richtigen Seite wähnt – was immer der Fall ist –, zeigte sich beim Industriekonzerne Sulzer, wo er ab 2002 im Verwaltungsrat sass. Als Erster vernahm er aus seinem Finanznetzwerk, dass sich der Russe Viktor Vekselberg und die Österreicher Georg Stumpf und Ronny Pecik dem Traditionskonzern anschlichen. Subito stellte man in Winterthur ein Defense-Team gegen die ausländischen Raider zusammen. An vorderster Front standen VR-Präsident Ulf Berg und VR Daniel Sauter. Über Monate lieferte



Der Vertraute

Raymond Bär
Er holte Sauter zur Bank Bär



Der Gegner

Urs Burkard
Vertreter der Sika-Ankeraktionäre

sich der Verwaltungsrat mit Vekselberg & Co. einen zermürbenden Abwehrkampf. Auf die Generalversammlung von Anfang April 2009 war der Showdown terminiert. Fürs Vekselberg-Lager war klar, eine Wiederwahl der beiden Aufwiegler – Berg und Sauter – kam nicht in Frage. «Let's face it – we are all dead meat», soll Sauter im zerstrittenen Verwaltungsrat verkündet haben.

Mit Vollgas durch die Welt

Noch waren nicht alle Gammelfleisch. Je näher nämlich die GV rückte, desto mehr legte sich der Widerstand gegen Vekselberg. Selbst der oppositionelle Sauter streckte in letzter Sekunde die Waffen und gab die Renitenz gegen Vekselberg auf. Die Spitzkehre machte sich bezahlt: Sauter wurde mit 90 Prozent der Stimmen für weitere drei Jahre gewählt und kassierte weiter 200 000 Franken als VR-Honorar. Sein alter Kämpfe Ulf Berg aber stand nach Sauters Schwenker im Regen und wurde mit 55 Prozent der Stimmen abgewählt.

Es waren aufreibende Stunden, auch weil sich im Vorfeld der Sulzer-GV Interessantes abspielte: Investoren kauften im grossen Stil Sulzer-Aktien zu, liessen sie ins Aktienregister eintragen, stimmten ab und stiessen die Titel nach der GV mit Gewinn wieder ab. Einzelne dieser Investoren ordnete man dem Bär-Umfeld zu – dorthin also, wo Sauter seit 2007 im VR sitzt.

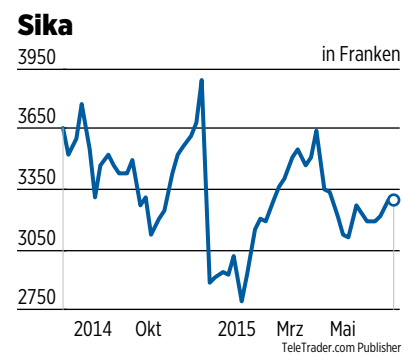
Drei Jahre später, im Frühling 2012, trat Sauter schliesslich doch noch aus dem Sulzer-VR zurück, freiwillig. Sein Ruf hallt bis heute nach. «Dani steuerte auf Probleme zu und präsentierte stets kreative Lösungen», so ein Weggefährte.

«Schonungslos direkt, biltzgescheit, lustig», sagt ein anderer. Nach den VR-Sitzungen, erinnert sich ein Dritter, war Sauters Showtime angesagt. Dann präsentierte er den eher nüchternen VR-Kollegen Handy-Schnappschüsse aus seinem aktuellen Fahrzeugpark – mal funkelte ein hellblauer Bentley Continental Cabrio vom Display, mal ein dunkler VW Käfer, dann ein grauer Audi RS6 mit 580 PS, schliesslich ein dunkelgrüner Aston Martin. Fahre er mit einem Vintage-Cabrio an der Tankstelle vor, witzelte er an einer Sitzung, müsse er zuerst den Motor abschalten, sonst werde der Benzintank gar nie voll.

Spass und Vollgas – Reminiszenz aus Sauters erster Karriere. Er begann als Trainee bei der Gewerbebank Zürich und wechselte als Devisenhändler zur Bank Leu. Mit 26 Jahren tauchte er plötzlich im Reich von Händlerlegende Marc Rich auf, wo nur wenige Grundsätze galten. Die wichtigsten: Ein Nein ist keine Option. Und: Wir sind die Besten. Sauter, erzählt ein ehemaliger Rich-Boy, war obendrein der Schnellste. Während die Konkurrenz noch über Risikoanalysen eines Ölkontraktes brütete und nachrechnete, sass dieser längst im Flieger mit Destination Ölfeld Sibirien.

Marc Rich und Nachfolger Willy Strothotte setzten auf den Jungmanager im Overdrive. Mit 32 Jahren wurde er Chef des Milliardenkonzerns Glencore (ehemals Marc Rich AG), mit 35 Jahren lenkte er die börsenkotierte Xstrata. Auch hier liess er nichts anbrennen: Unter seiner Führung wuchs der Umsatz von 100 Millionen auf 1 Milliarde Franken.

Sauter, der bislang stets mit Tempo Teufel in der Kurve lag, will es künftig etwas gemächlicher angehen. Kürzlich hat er sich ein SBB-Halbtagsabo gekauft.



Weko legt den Rückwärtsgang ein

Autogewerbe Aus Rücksicht auf die EU wollen die Schweizer Behörden die Wettbewerbsvorschriften aufweichen.

DAVID VONPLON

Keine andere Branche hat nach der Aufhebung des Mindestkurses im Januar so rasch reagiert wie das Automobilgewerbe: Nur wenige Tage nach dem SNB-Entscheid führten die Autohersteller Euro-Rabatte in der Höhe von 15 bis 20 Prozent ein – wohl aus Furcht vor einem Erstarken der Direktimporte.

Der Vorgang zeigt: In der Branche spielt der Wettbewerb. Die Frage allerdings ist, wie lange noch. Denn die Wettbewerbskommission (Weko) will die bestehenden Regeln zum Schutz des Wettbewerbs aufweichen. Traktandiert ist das Geschäft, die Neufassung der sogenannten KFZ-Bekanntmachung, am nächsten Montag. Stimmt die Weko im Sinne der Hersteller, droht der Branche ein Rückfall in alte Zeiten: Direkt- und Parallelimporte würden massiv erschwert, die Marktmacht der grossen Autohersteller und ihrer Importeure zementiert. «Mit den geplanten Anpassungen zieht die Weko der KFZ-Bekanntmachung die Zähne», erklärt Patrick Krauskopf, Wettbewerbsrechtsexperte und Ex-Weko-Vizedirektor. «Das Nachsehen haben die Konsumenten. Sie bezahlen künftig höhere Preise.»

Im Automarkt stehen wenige marktmächtige Hersteller etwa 10 000 Garagisten gegenüber. Die KFZ-Bekanntmachung garantiert den kleinen Auto-



Neuwagen: Wenige Hersteller stehen 10 000 Garagisten gegenüber.

händlern und Werkstätten, die Preise frei zu gestalten und Fahrzeuge und Ersatzteile unabhängig von den Vorgaben der Generalimporteure zu beziehen.

Konsumenten sparen 500 Millionen

Mehrere Studien haben in der Vergangenheit die wettbewerbsintensivierende Wirkung der Regelung belegt. Eine neue Erhebung der ZHAW kommt zum Schluss, dass die Konsumenten von der Einführung der Bekanntmachung im Jahr 2003 bis 2013 nicht weniger als 500 Millionen Franken eingespart haben. Trotz den positiven Erfahrungen steht

die KFZ-Bekanntmachung nun auf dem Prüfstand. Auslöser ist die EU: Auf Druck der grossen Autohersteller setzte diese ihre Sonderregelungen für den Autovertrieb (KFZ-GVO) per 1. Juni 2013 ausser Kraft. Ende letztes Jahr entschied die Weko, trotzdem an der KFZ-Bekanntmachung festzuhalten – und nur geringfügige Änderungen vorzunehmen.

Doch die Behörde hielt nicht Wort. So sieht die von der Weko vorgeschlagene Neufassung der KFZ-Bekanntmachung eine deutliche Abschwächung der Rechtsfolgen bei Verstössen gegen die Wettbewerbsregeln vor. Letztere würden

KAMPF UM SIKA

Die wichtigsten Streitpunkte

Opting-out Eine Klausel in den Statuten gewährt der Familie Burkard das Recht, ihre Aktien zu verkaufen – ohne dass auch den übrigen Aktionären ein Kaufangebot unterbreitet werden muss. Ist das Opting-out im Fall Sika anwendbar, können die Burkards ihr Aktienpaket an Saint Gobain verkaufen. Falls die Gerichte dies verneinen, könnte Saint-Gobain ein neues Kaufangebot an alle Sika-Aktionäre machen – oder der Deal wird mit der Familie neu verhandelt. Die Übernahme-Kommission und die Finma haben entschieden: Das Opting-out ist auf die Transaktion zwischen der Familie und Saint-Gobain anwendbar. Am 18. Mai reichte die Gates-Stiftung gegen den Finma-Entscheid Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein. Vermutung: Auch dieses Gericht spricht sich für die Anwendung des Opting-out aus.

Verwaltungsrat Ankeraktionär Burkard hat drei Sika-VR mit Verantwortlichkeitsklagen eingedeckt: Monika Ribar, Ulrich Suter und Christoph Tobler. Diese Klagen sind Warnschüsse, Klagen gegen weitere VR sind wahrscheinlich. So soll das Gremium verunsichert werden.

Stimmrecht Der Burkard-Clan resp. seine SWH Holding klagt in Zug gegen Sika, weil die Firma ihre Stimmrechte an der Generalversammlung auf 5 Prozent beschränkte. Dieses Urteil wird Ende Jahr erwartet. Wird die Stimmrechts-Beschneidung vom Gericht bestätigt, wird es eng für den VR. Er könnte das Urteil zwar vor Ober- und Bundesgericht anfechten, das würde aber zwei, drei Jahre dauern – der Reputationsschaden wäre riesig. Bei einem Sieg der Familie wird der VR wohl zum Rückzug blasen. Ansonsten drohen Schadenersatzklagen und Verzugszinszahlungen. Das könnte in die Millionen gehen – Sauter als vermögendster VR könnte zur Kasse gebeten werden.

Fazit Ende Jahr ist das Zuger Kantonsgericht am Drücker – wenn sich die Parteien nicht vorher einigen.

künftig nicht mehr als grundsätzlich unzulässig taxiert, sondern nur noch als «erhebliche Wettbewerbsbeschränkung». Laut dem Verband AGVS würde damit die KFZ-Bekanntmachung Makulatur: Die geplante Formulierung würde jeden Widerstand der Garagisten gegen die Generalimporteure bereits im Keim zunichtemachen, schreibt der Verband in einer Stellungnahme.

Wettbewerb abgewürgt

Ebenso entfallen soll der «Kontrahierungszwang». Bisher müssen Hersteller allen Garagisten erlauben, Reparatur- und Garantiarbeiten zu leisten, sofern sie die qualitativen Kriterien der Hersteller erfüllen. Mit der neuen Regelung würde dieser Wettbewerb abgewürgt und die Generalimporteure würden die Kontrolle über den Wartungs- und Ersatzteilmarkt erlangen. Diese Entwicklung zeigte sich in Deutschland, als der Bundesgerichtshof den Kontrahierungszwang entfallen liess.

Auch die Direkt- und Parallelimporteure, welche 7 Prozent Marktanteil bei den Autoverkäufen besitzen, befürchten Konsequenzen. Laut Roger Kunz, Präsident des Verbands der freien Autohändler, droht eine Vielzahl der Parallelimporte mit einem allfälligen Wegfall der Schutzbestimmungen vom Markt zu verschwinden. Dies würde unweigerlich zurück zur Hochpreisinsel Schweiz führen.